

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2013/00298]

26 JUNI 1967. — Loi relative au statut des auxiliaires de transport de marchandises. — Coordination officieuse en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de la loi du 26 juin 1967 relative au statut des auxiliaires de transport de marchandises (*Moniteur belge* du 27 septembre 1967), telle qu'elle a été modifiée successivement par :

- l'arrêté royal n° 239 du 31 décembre 1983 relatif à certains comités et commissions du Ministère des Communications (*Moniteur belge* du 13 janvier 1984);

- la loi du 26 juin 2000 relative à l'introduction de l'euro dans la législation concernant les matières visées à l'article 78 de la Constitution (*Moniteur belge* du 29 juillet 2000).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2013/00298]

26 JUNI 1967. — Wet betreffende het statuut van de tussenpersonen op het gebied van het goederenvervoer. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van de wet van 26 juni 1967 betreffende het statuut van de tussenpersonen op het gebied van het goederenvervoer (*Belgisch Staatsblad* van 27 september 1967), zoals ze achtereenvolgens werd gewijzigd bij :

- het koninklijk besluit nr. 239 van 31 december 1983 betreffende bepaalde comités en commissies van het Ministerie van Verkeerswezen (*Belgisch Staatsblad* van 13 januari 1984);

- de wet van 26 juni 2000 betreffende de invoering van de euro in de wetgeving die betrekking heeft op aangelegenheden als bedoeld in artikel 78 van de Grondwet (*Belgisch Staatsblad* van 29 juli 2000).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2013/00298]

**26. JUNI 1967 — Gesetz über das Statut der Hilfsgewerbetreibenden im Güterverkehr
Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache**

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Gesetzes vom 26. Juni 1967 über das Statut der Hilfsgewerbetreibenden im Güterverkehr, so wie es nacheinander abgeändert worden ist durch:

- den Königlichen Erlass Nr. 239 vom 31. Dezember 1983 über bestimmte Ausschüsse und Kommissionen des Ministeriums des Verkehrswesens,

- das Gesetz vom 26. Juni 2000 über die Einführung des Euro in die Rechtsvorschriften in Bezug auf die in Artikel 78 der Verfassung erwähnten Angelegenheiten.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

MINISTERIUM DES VERKEHRSWESENS UND DES POST-, TELEGRAFEN- UND TELEFONWESENS

26. JUNI 1967 — Gesetz über das Statut der Hilfsgewerbetreibenden im Güterverkehr

Artikel 1 - Im Sinne des vorliegenden Gesetzes gilt als:

1. Spediteur: jede natürliche oder juristische Person, die sich gegen Vergütung dazu verpflichtet, eine Güterbeförderung vorzunehmen, und diese Beförderung in ihrem eigenen Namen durch Dritte ausführen lässt,

2. Transportmakler: jede natürliche oder juristische Person, die gegen Vergütung zwei oder mehrere Personen miteinander in Verbindung setzt im Hinblick darauf, dass sie unter sich einen Güterbeförderungsvertrag abschließen, und die, wenn sie beim Abschluss dieses Vertrags auftritt, dies lediglich als Vertreter ihrer Auftraggeber tut,

3. Abfertigungsspediteur: jede natürliche oder juristische Person, die sich gegen Vergütung dazu verpflichtet, in ihrem eigenen Namen aber zu Lasten ihres Auftraggebers Güter befördern zu lassen und eine oder mehrere der mit diesen Beförderungen verbundenen Verrichtungen wie die Annahme, die Übergabe an Dritttransporteure, die Lagerung, Versicherung und Verzollung durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Im Sinne des vorliegenden Gesetzes versteht man unter dem Begriff "Vergütung" jede Gegenleistung, entweder in bar oder in Naturalien oder aber in Form irgendwelcher direkten oder indirekten Vorteile.

Art. 2 - Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass die Ausübung der oben als Tätigkeiten von Speditoren, Transportmaklern und Abfertigungsspediteuren beschriebenen Tätigkeiten vom Besitz einer gemäß Artikel 4 ausgestellten Lizenz abhängig machen.

Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass auch die Ausübung anderer Tätigkeiten der Hilfsgewerbetreibenden im Güterverkehr in Kombination mit oder nicht in Kombination mit einer oder mehreren der in Artikel 1 erwähnten Tätigkeiten vom Besitz einer ebenfalls gemäß Artikel 4 ausgestellten Lizenz abhängig machen.

Der König kann außerdem durch einen im Ministerrat beratenen Erlass für jede Tätigkeit oder Gruppe von Tätigkeiten, deren Ausübung vom Besitz einer Lizenz abhängig ist, die Titel oder Bezeichnungen festlegen, deren Gebrauch in egal welcher Form Inhabern dieser Lizenz vorbehalten sein wird.

Art. 3 - Ein Abfertigungsspediteur darf in seinem eigenen Namen keine Güterbeförderungen zu Lasten von Auftraggebern durchführen lassen, wenn er nicht vorher die Lizenz erhalten hat, in deren Besitz die Spediteure gegebenenfalls sein müssen.

Art. 4 - Die in Artikel 2 erwähnten Lizenzen werden unter den Bedingungen und nach dem Verfahren, die vom König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass festzulegen sind, vergeben, verweigert, ausgesetzt oder entzogen.

Dieses Verfahren muss die Rechte der Verteidigung gewährleisten und insbesondere das Recht für den Betroffenen auf eine administrative Beschwerde im Falle einer Verweigerung, Aussetzung oder Entziehung der Lizenz und das Recht für ihn, seine Verteidigungsmittel entweder selbst oder durch einen Mandatsträger, Inhaber der Verfahrensunterlagen, vor [dem in Artikel 8 erwähnten beratenden Ausschuss] geltend zu machen.

[Art. 4 Abs. 2 abgeändert durch Art. 3 des K.E. Nr. 239 vom 31. Dezember 1983 (B.S. vom 13. Januar 1984)]

Art. 5 - Die Vergabe der Lizenzen darf nur von folgenden Bedingungen abhängen:

1. was den Beantrager einer Lizenz betrifft, wenn dieser eine natürliche Person ist:

a) von der Tatsache, dass er weder in Belgien noch im Ausland durch eine formell rechtskräftig gewordene gerichtliche Entscheidung für einen der in Buch II Titel III Kapitel I bis V und Titel IX Kapitel I und II des Strafgesetzbuches erwähnten Verstöße verurteilt worden ist.

Bedingten Verurteilungen wird nicht Rechnung getragen, solange die ausgesprochenen Strafen aufgeschoben werden;

b) von der Verpflichtung, ein berufsorientiertes Praktikum absolviert zu haben, es sei denn, die durch diese Lizenz abgedeckten Tätigkeiten werden in Ausführung des Gesetzes vom 24. Dezember 1958, das es dem König ermöglicht, Bedingungen für die Ausübung von Berufen in Handwerksbetrieben, kleinen und mittleren Handelsbetrieben und Kleingewerbebetrieben einzuführen, geregelt; in letztgenanntem Fall ist die Vorlage der in den Artikeln 11 oder 13 des vorerwähnten Gesetzes vom 24. Dezember 1958 erwähnten Bescheinigung oder Entscheidung Pflicht.

2. was das Unternehmen betrifft:

a) von Bedingungen, die die Räumlichkeiten betreffen, in denen die durch die Lizenz abgedeckten Tätigkeiten ausgeübt werden,

b) von Bedingungen, die entweder die finanzielle Leistungsfähigkeit oder die Bildung einer Sicherheit betreffen.

Ist der Beantrager der Lizenz eine juristische Person, muss/müssen die natürliche(n) Person(en), die zuständig ist/sind für die tägliche Geschäftsführung des Unternehmens oder des Zweigs des Unternehmens, das/der die Tätigkeiten ausüben möchte, für die die Lizenz beantragt wird, die Bedingungen erfüllen, die aufgrund von Nr. 1 des vorliegenden Artikels festgelegt werden.

Kann diese Geschäftsführung nicht mehr von der oder den im vorigen Absatz erwähnten natürlichen Person(en) ausgeübt werden, verfügt die juristische Person für die Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes und seiner Ausführungserrasse über eine Frist von sechs Monaten.

Art. 6 - Die in Artikel 2 erwähnten Lizenzen können je nach Fall verweigert, ausgesetzt oder entzogen werden:

a) wenn die in Ausführung von Artikel 4 festgelegten Bedingungen nicht oder nicht mehr erfüllt sind,

b) wenn über den Beantrager oder Inhaber einer Lizenz, einen Verwalter, einen Geschäftsführer oder über eine der mit der täglichen Geschäftsführung des Unternehmens beauftragten Personen der Konkurs eröffnet wurde in einem Unternehmen, das eine oder mehrere der dem vorliegenden Gesetz unterliegenden Tätigkeiten ausübte, oder wenn der Betreffende über die Eigenschaft eines Verwalters, eines Geschäftsführers oder einer in einem solchen Unternehmen mit der täglichen Geschäftsführung beauftragten Person verfügte, als dieses Unternehmen den Konkurs eröffnete,

c) wenn die aufgrund von Artikel 9 festgelegten Vergütungstarife nicht eingehalten werden.

Art. 7 - Jeglicher Beschluss über die Vergabe, Aussetzung oder Entziehung von Lizenzen wird auszugsweise im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht.

Art. 8 - [Der König setzt einen beratenden Ausschuss ein, der sich zusammensetzt aus Vertretern der repräsentativen Berufsorganisationen, deren Mitglieder die in den Artikeln 1 und 2 erwähnten Berufe oder Tätigkeiten ausüben, und einem Vertreter des für das Transportwesen zuständigen Ministers.

Dieser beratende Ausschuss ist beauftragt:

1. eine Stellungnahme zu den Maßnahmen zur Ausführung des vorliegenden Gesetzes abzugeben,

2. eine mit Gründen versehene Stellungnahme über die Vergabe, Verweigerung, Aussetzung oder Entziehung der Lizenzen abzugeben.

Dieser Ausschuss kann außerdem angerufen werden, um Stellungnahmen über andere Probleme im Zusammenhang mit den betreffenden Wirtschaftssektoren abzugeben.

Wenn der beratende Ausschuss angerufen wird, die in Absatz 2 Nr. 1 und in Absatz 3 erwähnten Stellungnahmen abzugeben, werden ihm Vertreter der repräsentativsten Berufsorganisationen der Gütertransportunternehmer und der Nutzer zur Seite gestellt.

Für die Erfüllung der Aufgabe, mit der der beratende Ausschuss durch Absatz 2 Nr. 2 beauftragt ist, kann der König in dessen Mitte so viele Abteilungen einrichten, wie es Kategorien von Lizenzen gibt.]

[*Art. 8 ersetzt durch Art. 4 des K.E. Nr. 239 vom 31. Dezember 1983 (B.S. vom 13. Januar 1984)*]

Art. 9 - Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass Tarife für die Vergütung von Tätigkeiten, für die aufgrund des vorliegenden Gesetzes eine Lizenz erforderlich ist, festlegen. Dabei können entweder Höchst- und Mindesttarife oder Höchst- oder Mindesttarife festgelegt werden. Die festgelegten Vergütungen dürfen nur in den Fällen und unter den Bedingungen, die durch einen Königlichen Erlass festzulegen sind, abgetreten oder herabgesetzt werden.

Gegebenenfalls kann von Artikel 5 des Gesetzes vom 5. Mai 1936 über die Vercharterung im Binnenschiffsverkehr abgewichen werden.

Art. 10 - Der König bestimmt:

1. die Regeln mit Bezug auf die Modalitäten für die Bildung, Zuweisung und Rückgabe der in Artikel 5 erwähnten Sicherheit, notwendigenfalls in Abweichung von den Regeln des allgemeinen Rechts,

2. die statistischen Auskünfte, die vorzulegen sind von den natürlichen oder juristischen Personen, die Tätigkeiten ausüben, für die aufgrund des vorliegenden Gesetzes eine Lizenz erforderlich ist,

3. die Untersuchungs- und Kontrollmaßnahmen, denen die Beantrager und Inhaber von Lizenzen unterzogen werden können. Diese Kontrollmaßnahmen, deren Zweck es ist zu prüfen, ob die Inhaber ihren Verpflichtungen in Sachen Transport nachkommen, können insbesondere das Recht umfassen, die Geschäftsbücher und andere Betriebsunterlagen einzusehen, und zwar nach den Modalitäten, die durch die im vorliegenden Artikel erwähnte Regelung festzulegen sind,

4. den Satz der Abgaben, die zugunsten des Staates oder zugelassener oder bestimmter Einrichtungen als Beteiligung an den Verwaltungs-, Kontroll- und Aufsichtskosten, die sich aus der Anwendung des vorliegenden Gesetzes ergeben, einzuziehen sind,

5. die Übergangsbestimmungen zugunsten der natürlichen oder juristischen Personen, die eine oder mehrere der im vorliegenden Gesetz erwähnten Tätigkeiten zu dem Zeitpunkt ausüben, wo die Ausübung dieser Tätigkeiten vom Besitz einer Lizenz gemäß Artikel 2 abhängig gemacht wird,

6. die Befreiungsmaßnahmen zugunsten der Unternehmen öffentlichen Rechts sowie zugunsten der Ehegatten und Kinder der Personen, die bis zu ihrem Tod regelmäßig eine oder mehrere der Tätigkeiten ausgeübt haben, für die aufgrund des vorliegenden Gesetzes eine Lizenz erforderlich ist, oder die diese Tätigkeiten, nachdem sie sie regelmäßig ausgeübt haben, wegen Invalidität nicht mehr ausüben können.

Art. 11 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldbuße von 26 bis zu 1.000 [EUR] oder mit nur einer dieser Strafen werden geahndet:

1. Verstöße gegen die Erlasse zur Ausführung von Artikel 2 des vorliegenden Gesetzes,
2. Verstöße gegen Artikel 3,
3. Verstöße gegen die Erlasse zur Ausführung von Artikel 10 Nr. 2, 3 und 4.

Die Personen, die gemäß Artikel 1384 des Zivilgesetzbuches zivilrechtlich haftbar sind, sind zur Zahlung der Geldbuße verpflichtet.

Alle Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches, einschließlich Kapitel VII und Artikel 85, sind auf diese Verstöße anwendbar.

[Art. 11 Abs. 1 einleitende Bestimmung abgeändert durch Art. 2 des G. vom 26. Juni 2000 (B.S. vom 29. Juli 2000)]

Art. 12 - Unbeschadet der Befugnisse der Gerichtspolizeioffiziere sind das Personal des Gendarmeriekorps, die Beamten und Bediensteten der lokalen Polizei und die vom König auf Vorschlag des Ministers, zu dessen Zuständigkeitsbereich das Transportwesen gehört, zu diesem Zweck bestimmten Beamten und Bediensteten beauftragt, die Verstöße gegen das vorliegende Gesetz und seine Ausführungserlasse zu ermitteln und durch Protokolle festzustellen.

Diese Protokolle haben Beweiskraft bis zum Beweis des Gegenteils. Sie werden einem Mitglied der Staatsanwaltschaft übermittelt und eine Abschrift davon ist binnen vier Werktagen nach der Feststellung des Verstoßes unter Androhung der Nichtigkeit an den Zuwiderhandelnden und an den für das Transportwesen zuständigen Minister zu richten.

Art. 13 - Der König legt das Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes fest.

Der König kann das Inkrafttreten von Artikel 8 auf ein Datum vor dem Datum festlegen, das er für das Inkrafttreten der anderen Bestimmungen des Gesetzes festlegen wird.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2013/00317]

30 JANVIER 1997. — Arrêté royal relatif au régime de pension des travailleurs indépendants en application des articles 15 et 27 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux de pensions et de l'article 3, § 1^{er}, 4^o, de la loi du 26 juillet 1996 visant à réaliser les conditions budgétaires de la participation de la Belgique à l'Union économique et monétaire européenne. — Coordination officielle en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 30 janvier 1997 relatif au régime de pension des travailleurs indépendants en application des articles 15 et 27 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux de pensions et de l'article 3, § 1^{er}, 4^o, de la loi du 26 juillet 1996 visant à réaliser les conditions budgétaires de la participation de la Belgique à l'Union économique et monétaire européenne (*Moniteur belge* du 6 mars 1997), confirmé par la loi du 26 juin 1997 (*Moniteur belge* du 28 juin 1997), tel qu'il a été modifié successivement par :

- l'arrêté royal du 21 mars 1997 portant modification de l'arrêté royal du 30 janvier 1997 relatif au régime de pension des travailleurs indépendants en application des articles 15 et 27 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux de pensions et de l'article 3, § 1^{er}, 4^o, de la loi du 26 juillet 1996 visant à réaliser les conditions budgétaires de la participation de la Belgique à l'Union économique et monétaire européenne, en application de l'article 15 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux de pensions (*Moniteur belge* du 29 mars 1997);

- l'arrêté royal du 25 avril 1997 portant modification de l'arrêté royal n° 72 du 10 novembre 1967 relatif à la pension de retraite et de survie des travailleurs indépendants et de l'arrêté royal du 30 janvier 1997 relatif au régime de pension des travailleurs indépendants en application des articles 15 et 27 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux de pensions et de l'article 3, § 1^{er}, 4^o, de la loi du 26 juillet 1996 visant à réaliser les conditions budgétaires de la participation de la

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2013/00317]

30 JANUARI 1997. — Koninklijk besluit betreffende het pensioenstelsel der zelfstandigen met toepassing van de artikelen 15 en 27 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels en van artikel 3, § 1, 4^o, van de wet van 26 juli 1996 strekkende tot realisatie van de budgettaire voorwaarden tot deelname van België aan de Europese en Monetaire Unie. — Officiële coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officiële coördinatie in het Duits van het koninklijk besluit van 30 januari 1997 betreffende het pensioenstelsel der zelfstandigen met toepassing van de artikelen 15 en 27 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels en van artikel 3, § 1, 4^o, van de wet van 26 juli 1996 strekkende tot realisatie van de budgettaire voorwaarden tot deelname van België aan de Europese en Monetaire Unie (*Belgisch Staatsblad* van 6 maart 1997), bekrachtigd bij de wet van 26 juni 1997 (*Belgisch Staatsblad* van 28 juni 1997), zoals het achtereenvolgens werd gewijzigd bij :

- het koninklijk besluit van 21 maart 1997 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 januari 1997 betreffende het pensioenstelsel der zelfstandigen met toepassing van de artikelen 15 en 27 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels en van artikel 3, § 1, 4^o, van de wet van 26 juli 1996 strekkende tot realisatie van de budgettaire voorwaarden tot deelname van België aan de Europese en Monetaire Unie, met toepassing van artikel 15 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels (*Belgisch Staatsblad* van 29 maart 1997);

- het koninklijk besluit van 25 april 1997 tot wijziging van het koninklijk besluit nr. 72 van 10 november 1967 betreffende het rust- en overlevingspensioen der zelfstandigen en van het koninklijk besluit van 30 januari 1997 betreffende het pensioenstelsel der zelfstandigen met toepassing van de artikelen 15 en 27 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels en van artikel 3, § 1, 4^o, van de wet van 26 juli 1996 strekkende tot realisatie van de budgettaire